

Fraktionen sehen Sparvorschläge skeptisch

Von Gabriele Boschbach

Budget CDU und AWG wollen die „Regenwassergebühr-Kröte“ nicht schlucken

Christdemokraten-Chef Arnold Gossel sagte, er habe auf Einnahmen durch den Verkauf von städtischen Immobilien gesetzt.

Aurich - Für fast jede Fraktion enthält der Sparvorschlag der Verwaltung Postitionen, die unzumutbar sind. „Dass der Landkreis uns jetzt vorschreiben will, eine Regenwassergebühr einzuführen und die Hebesätze zu erhöhen, ist eine dicke Kröte“, sagte Arnold Gossel. Der CDU-Fraktionsvorsitzende sprach davon, dass diese beiden Maßnahmen „kaum zu schlucken seien“. Seine Fraktion habe sich immer dagegen ausgesprochen.

Im Großen und Ganzen könne man die Sparvorschläge akzeptieren: „Über das Feuerwehrhaus in Brockzetel und den Radweg Zum Haxtumerfeld wird allerdings noch zu reden sein.“ Er selbst habe eigentlich gehofft, dass die Stadt weit mehr Immobilien hätte veräußern können. „Das dabei nur ein Betrag von 360 000 Euro herauskommen soll, wundert mich etwas“, sagte Gossel.

Seine Fraktion habe im Übrigen eine Finanz-Arbeitsgemeinschaft gegründet, die sich mit der aktuellen Finanzkrise befasse. Erst am Montag habe man eine Sitzung gehabt und bis gegen 22 Uhr über die Einsparvorschläge debattiert.

Die SPD-Fraktion will sich derzeit nicht zu den Vorschlägen der Verwaltung äußern. „Wir haben uns in der Gruppe noch nicht darüber ausgetauscht“, sagte Hinrich Wilts. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion lehnt es ab, sich im Vorfeld zu dem Thema zu äußern. Aller Voraussicht nach werde es eine Stellungnahme erst in der Finanzausschusssitzung am 16. August geben. Wilts selbst ist dann allerdings nicht mit von der Partie. Ursprünglich sei von der Verwaltung ein früherer Termin für die Sitzung ins Auge gefasst worden. Danach habe er seine privaten Aktivitäten ausgerichtet. Das könne er jetzt nicht mehr rückgängig machen.

Die AWG-Fraktion hat sich in einer Stellungnahme entschieden gegen Einsparungen bei Feuerwehren und Schulen ausgesprochen. Es dürfe nicht sein, dass der Bürger für eine verfehlte Investitionspolitik erhalten müsse. Es stehe zu befürchten, dass Eintrittsgelder im Familien- und Freizeitbad „De Baalje“ erhöht würden. „Die Einrichtung sollte für jeden erschwinglich sein“, sagte AWG-Fraktionschef Richard Rokicki.

Er werde sich dafür einsetzen, dass die Zuschüsse für städtische Gesellschaften wie etwa die Auricher Hallen- und Bäderbetriebsgesellschaft (abh) reduziert würden.

Die GFA-Fraktion hat sich intern noch nicht mit den Sparvorschlägen beschäftigt. „Wenn das passiert ist, werden wir uns äußern“, sagte Fraktionschef Hans Gerd Meyerholz.



Für die Entwicklung des Kasernengeländes in Aurich steht in den kommenden Jahren deutlich weniger Geld zur Verfügung. Bild: Boschbach